

**Vollzug des Gesetzes zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe vom 30. August 2001 (BGBl. I S. 2267)**

Ab 01. Januar 2002 sind entsprechend den Bestimmungen nach §§ 48 ff Einkommensteuergesetz (EStG) von den Zahlungen für ausgeführte Bauleistungen 15 v.H. des Auszahlungsbetrages einschl. Umsatzsteuer durch den Auftraggeber einzubehalten und an das für den Auftragnehmer zuständige Finanzamt abzuführen.

Dieser Abzug unterbleibt, wenn vom Auftragnehmer eine gültige Freistellungsbescheinigung vorgelegt wird.

Künftig ist eine Rechnungsbearbeitung und fristgerechte Zahlung der Werkslohnvergütung seitens des Auftraggebers nur dann möglich, wenn

- eine gültige Freistellungsbescheinigung vorliegt
- oder
- auf der Rechnung das zuständige Finanzamt und
- die Steuernummer angegeben sind.